

## **Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 14. Oktober 2016**

### **Wenn der Staat das Geld zerstört, brauchen Sie Gold**

- **Hayek forderte eine Freigeld-Bewegung**
- **Zentralbankbürokraten sind moderne Regenmacher**
- **Mit einem Edelmetall-Schwerpunkt können Sie die Entwicklung entspannt verfolgen**
- **Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?**
- **Fehlsteuerungen bei der Städtebauförderung**

### **Das staatliche Geldmonopol sollte abgeschafft werden**

Liebe Leser,

die Geschichte von Staat und Geld ist eine Geschichte von Lug und Trug, die stets auf Kosten des kleinen Mannes geht. In seinem 1976 erschienenen Buch „Die Entnationalisierung des Geldes“, das heute aktueller ist als je zuvor, fordert der große Ökonom und Wirtschaftsphilosoph Friedrich August von Hayek die Ersetzung des staatlichen Geldmonopols durch ein marktwirtschaftliches Währungssystem, das auf freiem Wettbewerb statt auf staatlichem Zwang beruht.

Diese scheinbar radikale Forderung ist in Wahrheit lediglich eine Anwendung grundlegender ökonomischer Erkenntnisse auf die Geldproduktion. Die simpelste und selbst für überaus einfache Gemüter nachvollziehbare Begründung dieser Forderung ist historischer Art. So schreibt Hayek:

„Seit die Funktion von Regierungen bei der Geldschaffung aber nicht länger nur im Bestätigen von Gewicht und Feingehalt eines bestimmten Metallstücks liegt, sondern eine wohlüberlegte Entscheidung über die Menge des in Umlauf zu bringenden Geldes mit einschließt, haben Regierungen diese Aufgabe völlig unzureichend erfüllt und, das kann ohne Einschränkung gesagt werden, überall und unablässig das in sie gesetzte Vertrauen dazu missbraucht, die Leute zu betrügen.“ (...)

„Wenn man die Geschichte des Geldes studiert, kann man nicht umhin, sich darüber zu wundern, dass die Menschen den Regierungen so lange Zeit eine Macht anvertraut haben, die sie über 2000 Jahre hinweg in der Regel dazu gebrauchten, sie auszunützen und zu betrügen.“

### **Hayek forderte eine Freigeld-Bewegung**

Hayek beschließt seine Ausführungen mit der Forderung nach einer Freigeld-Bewegung, die mit der sehr erfolgreichen Freihandels-Bewegung des 19. Jahrhunderts vergleichbar ist. Die Notwendigkeit einer solchen Bewegung begründet er auf folgende hellsichtige Weise: „Der einzige Weg zu verhindern, dass man durch andauernde Inflation (im klassisch-liberalen Sinne der Ausweitung der Geldmengen, d. Red.) in eine zentral gelenkte Wirtschaft hineingleitet, und somit letztlich die Zivilisation zu retten, wird darin bestehen, den Regierungen ihre Macht über das Geld zu entziehen.“

Seit Hayek diese klaren Worte verfasst hat, sind 40 Jahre vergangen. Jahre, in denen die ebenso enge wie korrupte Beziehung zwischen Staat und Geld ein bis vor kurzem noch unvorstellbares Ausmaß angenommen hat und alle geldpolitische Vernunft über Bord geworfen wurde.

Unter der Führung der beiden ehemaligen Fed-Präsidenten Alan Greenspan und Ben Bernanke wurde in den vergangenen 25 Jahren in der Geldpolitik ein geradezu revolutionärer Wandel vollzogen, in dessen Verlauf sich die Zentralbankbürokraten zu extrem mächtigen Planwirtschaftlern aufgeschwungen haben, die jenseits des Gesetzes stehen. Hayeks Prognose, dass der anhaltende Einsatz der Gelddruckmaschine zu einer zentral gelenkten Wirtschaft à la DDR oder UdSSR führen werde, ist bereits weitgehend eingetroffen, wobei dreiste Scharlatane in den Zentralbanken die Rolle des kommunistischen Zentralkomitees usurpiert haben.

### **Zentralbankbürokraten sind Scharlatane und moderne Regenmacher**

Laut Duden ist ein Scharlatan ein Mensch, der bestimmte Fähigkeiten vortäuscht, um andere damit hinter das Licht zu führen. Präziser kann man die Vorgehensweise moderner Zentralbanker wohl kaum beschreiben. Denn diese Menschen geben vor, klüger als der Markt zu sein, und behaupten, mit der Gelddruckmaschine Wohlstand schaffen zu können – beide Behauptungen sind glatte Lügen.

So treffend der Begriff „Scharlatan“ für die Beschreibung von Zentralbankbürokraten auch ist, so fehlt ihm doch der Hinweis auf die große Gefolgschaft, die moderne Zentralbankbürokraten um sich geschart haben, sowie die pseudo-religiöse Komponente, mit der sich das Zentralbankwesen umgibt. Deshalb haben Roland Leuschel und ich uns bereits in unserem Buch „Das Greenspan Dossier“ dafür entschieden, Zentralbanker als moderne Regenmacher zu bezeichnen.

Denn im naturwissenschaftlichen Sinne waren Regenmacher selbstverständlich Scharlatane, da sie das Wetter nicht beeinflussen konnten; und im staats-religiösen Sinne gehörten sie einer hoch angesehenen Elite an, die aufs Engste mit den politischen Machthabern verquickt war. Frei nach dem altbekannten und wohl zeitlos wirksamen Grundsatz der Macht: „Halt‘ Du sie dumm, ich halt‘ sie arm“, sagte der König zum Priester.

### **Mit einem Edelmetall-Schwerpunkt können Sie die Entwicklung entspannt verfolgen**

Als kluger und vorsichtiger Anleger sollten Sie sich unbedingt vor den absehbaren Folgen dieser Irrsinnspolitik schützen. Das ist es, was Roland Leuschel und ich mit unseren Analysen und Anlageempfehlungen in unserem Börsenbrief Krisensicher Investieren vor allem anstreben. Einen hohen physischen Goldanteil von 25% bis 30% halten wir mehr denn je für ein absolutes Muss in diesen Zeiten. Er stellt in erster Linie Ihre finanzielle Katastrophen-Versicherung dar.

Dass wir darüber hinaus in den kommenden Jahren, wie hier schon häufig erwähnt, auch noch mit einem deutlich steigenden Goldpreis rechnen, versüßt Ihnen das Halten dieser Versicherung, spielt aus strategischer Sicht aber eigentlich gar keine Rolle. Alle anderen von uns empfohlenen Investments dienen entweder der unter Chance-Risiko-Gesichtspunkten wohl durchdachten Diversifikation oder haben das ausdrückliche Ziel, Ihr Vermögen zu mehren, ohne allzu hohe Risiken einzugehen, so beispielsweise unsere lukrativen Goldminen-Empfehlungen.

Im Unterschied zu institutionellen Anlegern haben Sie den unschätzbaren Vorteil, nicht jeden Unsinn mitmachen zu müssen. [Mit unserem Börsenbrief Krisensicher Investieren unterstützen wir Sie dabei und das sogar die ersten 30 Tage kostenlos, damit Sie nicht die Katze im Sack kaufen.](#)

Ich wünsche Ihnen ein fröhliches Wochenende

Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Claus Vogt". The letters are cursive and slightly slanted to the right.

Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: Ich würde mich freuen, Sie am 4./5. November auf der Edelmetallmesse in München zu treffen. Krisensicher Investieren ist wie in den vergangenen Jahren mit einem Stand (Nr. 20) vertreten. Am 4.11. werde ich um 10.20 Uhr auf einer der großen Bühnen einen Vortrag halten.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

# **Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen? (14.10.2016)**

**Autor: Gotthilf Steuerzahler**

## **Fehlsteuerungen bei der Städtebauförderung**

Liebe Leserinnen und Leser,

über weite Strecken kommt der Staat seiner Aufgabe nicht nach, die öffentliche Infrastruktur zu erhalten, er stellt einfach nicht genügend Geld zur Verfügung. Es gibt aber auch Bereiche, in denen die Mittel nicht knapp sind und dementsprechend großzügig damit umgegangen wird. Nehmen wir zum Beispiel die Städtebauförderung, in die seit Jahrzehnten enorme Summen fließen.

Ziel der Städtebauförderung ist es, die Städte und Gemeinden als Wirtschafts- und Wohnstandorte zu stärken und städtebauliche Missstände dauerhaft zu beheben. Der Bedeutungsverlust der Innenstädte soll durch die Erhaltung und Modernisierung von Gebäuden, durch die Revitalisierung der Zentren und Nebenzentren und die Verbesserung des Wohnumfeldes aufgehoben werden.

An der Finanzierung der Städtebauförderung beteiligen sich Bund, Länder und Gemeinden. Der Bund trägt ein Drittel der Ausgaben, in bestimmten Fällen auch mehr. Die Länder bringen gleich hohe Mittel auf wie der Bund. Den verbleibenden Rest finanzieren die Gemeinden als Eigenanteil. Jahr für Jahr stellt der Bund über eine halbe Milliarde Euro für die Städtebauförderung zur Verfügung. Bestrebungen, diese Summe zu verringern, wurden von den Ländern blockiert.

### **Fehlanreize durch die Mischfinanzierung**

Angesichts der 2/3-Förderung durch Bund und Land besteht für Städte und Gemeinden ein großer Anreiz, sich um Mittel aus der Städtebauförderung zu bemühen. Für einen Eigenanteil von einem Drittel der Ausgaben können sie sich ihre Innenstädte aufhübschen lassen, wozu sie sonst nicht in der Lage wären. Ob dadurch der Bedeutungsverlust der städtischen Zentren tatsächlich aufgehoben wird, steht auf einem anderen Blatt. Welche Fehlanreize sich durch die großzügige Finanzierung der Städtebauförderung ergeben, beleuchtet eine Untersuchung aus einem norddeutschen Bundesland, von deren Ergebnissen nachstehend die Rede sein soll.

### **Keine Kostenkontrolle**

So wurde festgestellt, dass kleinere Gemeinden ohne baufachlichen Sachverstand bei der Umsetzung von Baumaßnahmen Probleme bei der Überwachung und Anleitung ihrer Architekten hatten. In vielen Fällen stiegen die Kosten der Baumaßnahmen, teilweise erheblich. Eine Kostenkontrolle fand nicht statt. Allerdings konnten die Gemeinden ihre gestiegenen Kosten nachträglich mit Erfolg geltend machen. Es wurde nicht gefragt, wer diese Kostensteigerungen zu verantworten hatte. Die Fördersummen wurden schlicht nach oben angepasst. Dies belegt, dass die Städtebauförderung so auskömmlich mit Mitteln ausgestattet war, dass jeder Anreiz zum

sparsamen und kostengünstigen Bauen oder zu einer wirksamen Kostenkontrolle fehlte. Weshalb sparsam bauen, wenn die Steuergelder reichlich fließen!

### **Überflüssige Baumaßnahmen wurden durchgeführt**

Weiterhin kam die Untersuchung zu dem Ergebnis, dass Baumaßnahmen durchgeführt wurden, die nicht oder nicht in diesem Ausmaß gebraucht wurden oder die man sich ohne die Förderung nicht geleistet hätte. Bei einigen Maßnahmen gab es erhebliche Zweifel, ob die tatsächliche bzw. die geplante Nutzung die Erstellung der Räumlichkeiten rechtfertigte. Teilweise entstand der Eindruck, dass zuerst gebaut und danach erst die Nutzung geplant wurde. In Zukunft sollten die für die Bewilligung der Fördermittel Verantwortlichen den vorgelegten Nutzungskonzepten deutlich mehr Aufmerksamkeit schenken und diese hinterfragen.

### **Auf die Folgekosten wurde nicht geachtet**

Defizite waren auch bei der Berücksichtigung der Folgekosten festzustellen. Jede Baumaßnahme zieht Folgekosten für Bewirtschaftung, Betrieb und Bauunterhaltung nach sich, welche um ein Vielfaches höher sind als die Investitionskosten. Angesichts der 2/3-Förderung der Baumaßnahmen durch Bund und Land ignorierten die Gemeinden die Folgekosten allerdings regelmäßig. Vor dem Hintergrund einer überwiegend schwierigen kommunalen Finanzlage ein gewagtes Vorgehen. Denn die Folgekosten gehen vollständig zulasten der Gemeinden als Bauherren - und dies über eine Nutzungsdauer der geförderten Bauwerke von mehreren Jahrzehnten. Bei der Förderung wird in Zukunft viel stärker als bisher auf die zu erwartenden Folgekosten zu achten sein.

### **Zinszahlungen für nicht fristgerecht verwendete Gelder**

Viele geförderte Gemeinden hatten hohe Zinsbeträge an die Mittelgeber zu zahlen, da sie die zur Verfügung gestellten Bundes- und Landesmittel nicht fristgerecht verwendeten. Der Grund dafür: Die Gemeinden forderten die bewilligten Städtebauförderungsmittel an und bekamen diese auch ausgezahlt, obwohl bereits feststand, dass sie die Gelder nicht fristgerecht verwenden konnten. Die Folge war, dass die von den Gemeinden gebildeten Sondervermögen immens hohe Kontostände, teilweise in Millionenhöhe, aufwiesen, bis diese verwendet oder zurückgezahlt wurden.

Die Geldgeber sollten das Auszahlungsverfahren bei der Städtebauförderung ändern. Die Auszahlungen sollten dem Planungs- und Umsetzungsstand der Einzelmaßnahmen sowie dem damit verbundenen voraussichtlichen Fördermittelabfluss entsprechen.

### **Die Steuergelder müssen für akute Probleme eingesetzt werden**

Mischfinanzierungen durch Bund, Länder und Gemeinden, von denen es eine ganze Reihe gibt, sind generell kritisch zu sehen. Sie verleiten zu Ausgaben, die nicht unbedingt nötig sind. Überdies zeigt das Beispiel der Städtebauförderung, wie schwer es dem Staat fällt, einmal beschlossene Förderungen wieder zu reduzieren. Während Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude verfallen, ist reichlich Geld für die Städtebauförderung vorhanden. Gegen eine Kürzung stemmen sich die Bundesländer aus egoistischen Motiven.

Die politisch Verantwortlichen müssen es lernen, liebe Leserinnen und Leser, hier umzusteuern und die begrenzten Steuermittel zur Lösung vordringlicher Probleme einzusetzen, sagt mit Nachdruck

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).  
Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel  
Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).